

*Edmund Stoiber:
Am 22. September
geht es darum, eine
falsch angelegte
Politik durch eine
wirtschafts- und
arbeitsmarkt-
politische Konzep-
tion zu ersetzen,
die geeignet ist,
unser Land in die
Spitzengruppe der
wirtschaftsstarken
Länder Europas
zurückzuführen.*



Foto: dpa

STOIBER-SPÄTH-PLAN FÜR MEHR WACHSTUM

Offensive 2002 – Aufschwung für **Arbeit**

Nach der Bundestagswahl will die Union mit einem Sofortprogramm von zehn Milliarden Euro einen Richtungswechsel für Aufschwung und neue Arbeitsplätze herbeiführen.

Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber und der designierte Wirtschaftsminister Lothar Späth haben dazu am 12. Juli in Berlin ihr Konzept „Offensive 2002 – Auf-

schwung für Arbeit“ vorgestellt. „Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt lassen sich nicht dadurch lösen, dass man lediglich die Verwaltung der Arbeitslosigkeit verbessert und die Arbeitslosenstatistik schön“, sagte Stoiber. Das Hauptproblem sei nicht die Vermittlung der Arbeitslosen, sondern „der millionenfache Mangel an Arbeitsplätzen“. *Forts. Seite 2*

INHALT

LAURENZ MEYER:

Unser Leitmotiv ist Kompetenz. Der Generalsekretär zur Wahlkampfstrategie
SEITE 8 - 9

ANGELA MERKEL:

Wir haben mit Katherina Reiche die richtige Wahl getroffen
SEITE 4

DOKUMENTATION

Offensive 2002 –
Aufschwung für Arbeit
INNENTEIL

■ Sommertour der Parteivorsitzenden Angela Merkel. Mit Stellungnahmen zu Ökosteuer und zum Wirtschaftsbericht 2002 des Bundeswirtschaftsministers: Eine Abschiedsbilanz der Regierung Schröder (Seite 6-7) ■ „Mission Wechsel“: Sommercamp in Geseke. Wahlkampfheifer auf gemeinsamen Sieg eingeschworen (Seite 5) ■ Wolfgang Meckelburg: Soziale Gerechtigkeit – die Bilanz der Schröder-Regierung ist miserabel (Seite 10-11) ■ Klaus Lippold, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr und Peter Hintze zu den Fischler-Vorschlägen: In der europäischen Agrarpolitik sind Verlässlichkeit und Perspektiven gefordert (Seite 12) ■ Mindestens drei Wochenstunden Sport in allen Schulstufen verbindlich. Bundesausschuss legt sportpolitisches Sofortprogramm für die Bundestagswahl vor (Seite 14-15)

Fortsetzung von Seite 1

Mit dem vorliegenden Sieben-Punkte-Plan bündele die Union die Vorschläge aus dem Regierungsprogramm und neue Maßnahmen zu einer „kompakten Offensive für Deutschland“.

Als Bundeskanzler, so Stoiber, werde er dafür sorgen, dass dieses Programm in den ersten Monaten nach der Regierungsübernahme in praktische Politik umgesetzt werde. Weiter betonte der bayerische Ministerpräsident, dass das Programm „solide finanziert“ sei durch die Rückflüsse aus der Europäischen Union für nicht abgerufene Strukturfondsmittel, durch die Privatisierung von Bundesbeteiligungen sowie durch Umschichtungen und Einsparungen im Haushalt.

Für die neuen Bundesländer plant die Union ein kommunales Investitionsprogramm von einer Milliarde Euro. Damit sollen Städte und Kommunen notwendige Arbeiten an Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten sowie Sport- und Kultureinrichtungen finanzieren. Außerdem will die Union

Mittelstand, Existenzgründer und Innovationen in Ostdeutschland mit einer weiteren Milliarde Euro ausstatten. Um ostdeutsche Unternehmen in die Lage zu versetzen, schneller und flexibler zu handeln, sollen Experimentier- und Öffnungsklauseln vor allem Existenzgründer von bürokratischen Hemmnissen entlasten.

Jenoptikchef Lothar Späth wies daraufhin, dass die Großbetriebe in Deutschland in den letzten zwanzig Jahren eine Million Arbeitsplätze abgebaut hätten, während der Mittelstand drei Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen habe. Weil dies so sei, müssten gerade die kleinen und mittleren Unternehmen „ermuntert und nicht mit Bürokratie überfallen“ werden. Denn jeder neue Unternehmer schaffe drei bis sechs neue Arbeitsplätze.

Zudem sprach er sich dafür aus, den High-Tech-Standort Deutschland wieder stärker herauszustellen. Als Beispiel nannte er den Bau einer Referenzstrecke des Transrapid in der Bundesrepublik.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhölzerstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 € Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



STOIBER TRIFFT PUTIN

Künftig **noch engere** Wirtschaftsbeziehungen

Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber ist am 10. Juli in Begleitung von Wolfgang Schäuble mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau zusammengetroffen.

Bei dieser Begegnung setzte sich der bayerische Ministerpräsident vor allem für engere Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern ein. Putin kündigte bei dem Treffen an, dass die staatliche russische Fluggesellschaft Aeroflot 18 Passagiermaschinen vom Typ Airbus A300 im Wert von bis zu 700 Millionen Euro kaufen werde. „Die Entscheidung für Airbus ist ein deutliches Zeichen Russlands für Europa“, sagte Stoiber nach dem Gespräch im Kreml.

Zwei Monate vor der Bundestagswahl bekräftigte der Kanzlerkandidat, er sei sich mit der rot-grünen Bundesregierung in der Einschätzung der Beziehungen zu Russland einig. Allerdings werde er sich als Kanzler um ein noch intensiveres Verhältnis zu Moskau bemühen. Mit Putin teile er ein hohes Maß an Übereinstimmung in internationalen Fragen.



GESPRÄCH IN PARIS

Zeit für einen neuen „Gründungspakt“

Mit Staatspräsident Jacques Chirac und Ministerpräsident Jean-Pierre Raffarin ist Edmund Stoiber am 16. Juli zusammengetroffen. Begleitet wurde er auch auf seiner Reise nach Paris von Wolfgang Schäuble, im Kompetenzteam für Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik zuständig.

Schon im Vorfeld seiner Reise hatte der Kanzlerkandidat der Union für eine Stärkung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland plädiert und sich für einen neuen „Gründungspakt“ ausgesprochen. Im Gespräch mit Chirac bekräftigte er diese Meinung. Stoiber nach dem Treffen: „Ohne die Wiederbelebung der deutsch-französischen Beziehungen können die Probleme in Europa nicht gelöst werden.“ Nach dem 22. September werde er sich für die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe einsetzen, die auch bei strittigen Themen frühzeitig nach Kompromissen suchen soll.

Im Blick auf die EU-Agrarreform hatte Stoiber dem französischen Präsidenten seine Unterstützung bei den Verhandlungen in Brüssel zugesichert.

UD

Fotos: dpa

ANGELA MERKEL:

Wir haben mit Katherina Reiche die **richtige Wahl** getroffen

Frau Merkel, die Situation mit Frau Reiche jetzt, erinnert die Sie ein bisschen an Ihren Start in der bundesrepublikanischen Politik, jung, Frau, protestantisch, aus dem Osten, schwer vermittelbar, aber trotzdem vielleicht nützlich?

Angela Merkel: Die Vermittlung hat ja relativ schnell geklappt, und ganz erfolglos war sie auch nicht, also insofern, würde ich sagen, ist hier eine andere Situation. Ich war damals Frauen- und Jugendministerin, man hatte das damals auch aufgeteilt und später wieder zusammengeführt. Ich finde es jetzt auch richtig, dass Katherina Reiche alle diese Verantwortungsbereiche bekommen hat. Dass es Diskussionen gibt, ist auch in unserer großen Volkspartei angelegt. Aber wir haben so entschieden, und Edmund Stoiber hat die richtige Wahl getroffen, zusammen mit mir.

Einspruch kam aus Teilender CSU, kam aus Teilender CDU und kam in allererster Linie von der katholischen Bischofskonferenz. Beeindruckt Sie das, weil man ja doch

Auszüge aus dem Interview, das Maybrit Illner am 11. Juli in der ZDF-Sendung „Berlin Mitte“ mit der Parteivorsitzenden geführt hat

auch vermuten müsste, dass da ein Teil Ihrer Klientel liegt?

Angela Merkel: Ich will als erstes sagen: ich respektiere, dass die Katholische Kirche ihre Meinung sagt. Ich kann für uns, die CDU und CSU, nur sagen, dass unsere Entscheidung auch respektiert werden sollte. Wir werden das nicht streichen. Es hat in der Geschichte der Katholischen Kirche und der Existenz der CDU als Partei immer Konflikte gegeben. Sie wird es auch weiter geben. Für uns sind Ehe und Familie die schützenswerte Grundlage unserer Gesellschaft, aber es gibt auch andere Lebensformen, und ich glaube, wir sollten diese gesellschaftliche Diskussion aushalten. Sie spielt sich überall in unserem Leben ab. Katherina Reiche

steht für Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sie steht für dauerhafte Partnerschaft, sie steht für die Erziehung von Kindern, und das ist eine Menge in dieser Gesellschaft.

Jetzt ist Frau Reiche nicht nur 28 Jahre jung, sondern auch Mutter. Sie ist im achten Monat. Gesetz den Fall, die Union gewinnt die Wahl, dann haben wir eine Ministerin für Familienpolitik, die erst einmal in den Erziehungsurlaub geht?

Angela Merkel: Nein. Katherina Reiche hat sich entschieden, ihre Tätigkeit auch als Abgeordnete sehr schnell wieder fortzusetzen. Das ist eine Entscheidung, die man auch respektieren kann. Sie hat einen Mann, der ihr bei der Erziehung hilft, und ich glaube, dass diese Aufteilung auch ein bisschen prototypisch für unsere Gesellschaft ist. Sie hat mit dem ersten Kind gezeigt, dass sie sich für anständige Stillräume im Deutschen Bundestag eingesetzt hat, für ordentliche Kindergartenöffnungszeiten – alles Probleme, mit denen Menschen scharenweise in unserer Gesellschaft zu tun haben.

„MISSION WECHSEL“: SOMMERCAMP IN GESEKE

Wahlkampf helfer auf gemeinsamen Sieg **eingeschworen**



Eins war beim CDU-Sommercamp im nordrhein-westfälischen Geseke ganz deutlich zu spüren: Die Union will den Wechsel, und sie will für dieses Ziel arbeiten!

Über 600 Jugendliche aus den Wahlkampfteams der Bundestagskandidaten beschäftigten sich vom 12. bis 14. Juli mit Zielgruppenanalyse und Dialogmarketing, mit Sponsoring und Freiwilligenakquise, mit Argumentationstraining und regionaler Pressearbeit.

Aber auch der Spaß kam an diesem Wochenende nicht zu kurz. So stand am

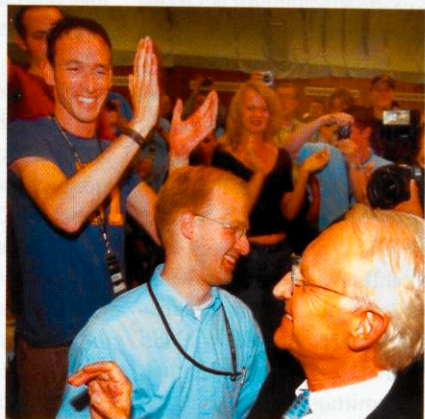
Freitag, direkt nach der Begrüßung durch Generalsekretär Laurenz Meyer, eine große Open-Air-Party auf dem Programm. Zu den Klängen von „Tohuwabo“ und der „Linus Show“ wurde bis tief in die Nacht getanzt, gelacht und gefeiert.

Umfangreicher Fundus erfolgreicher Wahlkampfaktionen

Wer feste feiern kann, der muss auch feste arbeiten können. Und so wurden dann am Samstagvormittag in drei verschiedenen Foren Know-How und Strategien für den laufenden Bundestagswahlkampf erörtert. Es wurde diskutiert, welche Schritte vor Ort noch unternommen werden können, damit die Union im September nicht nur 40, sondern 43 oder gar 44 Prozent der Stimmen

erringen kann. Die Vorschläge und Anregungen der Referentinnen und Referenten machten dabei nur einen Teil der Überlegungen aus. Mindestens ebenso ergiebig war der Erfahrungsaustausch der einzelnen Wahlkampfteams untereinander.

Ganz nach dem Motto: „Was in Holstein gut gelaufen ist, kann auch in Baden funktionieren. Was in Sachsen-Anhalt Stimmen brachte, kann auch im Ruhrgebiet erfolgreich sein.“ In dieser großen Runde wurde recht schnell klar, dass die Union über einen umfangreichen Fundus erfolgreicher Wahlkampfaktionen verfügt, der jetzt bundesweit eingesetzt werden kann. ▶



Fotos: dpa



Foto: dpa

Am Nachmittag gesellten sich dann auch Angela Merkel und Edmund Stoiber zu den Jugendlichen. Ihren Reden, in denen sie die Wahlkampfhelfer auf den gemeinsamen Sieg ein schworen, wurden immer wieder von Zwischenapplaus und Jubel unterbrochen. Es schloss sich der Programmpunkt „Meet and Greet“ an, in dessen Rahmen die beiden Spitzenpolitiker nicht nur für Fragen und Diskussionen, sondern auch für zahlreiche Fotos und Autogramme zur Verfügung standen.

Den Abschluss des erfolgreichen Sommercamps bildete die „Mission Possible Party“ auf der noch einmal deutlich wurde, dass die Wahlkampfteams den Knotentanz mindestens ebenso gut beherrscht wird wie das Canvassing am Sonntag-nachmittag.

ANGELA MERKEL:

Ökosteuer- Erhöhung bedroht Konjunktur

Am sechsten Tag ihrer Reise hat die Parteivorsitzende die Porsche AG in Stuttgart-Zuffenhausen besucht. Anlässlich dieses Besuchs erklärte sie:

Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Die Grünen – allen voran die Minister Fischer und Trittin – trommeln für eine weitere Erhöhung der Ökosteuer. Kanzler Schröder sagt: Mit mir nicht. Die letzten vier Jahre aber haben gezeigt, wie viel auf die Beruhigungsworte von Schröder zu geben ist. Gar nichts.

SPD und Grüne haben nicht dazu gelernt. Schlimm genug, dass Rot-Grün seit vier Jahren den Mittelstand mit Bürokratie und immer mehr Abgaben plagt. Schlimm ge-

Die beiden Fotos zeigen die Parteivorsitzende im Gespräch mit Bürgerinnen und bei ihrem Besuch in der Edelweiß-Kaserne in Mittenwald.

nug, dass Autofahrer und Familien durch die Ökosteuer jedes Jahr mehr belastet werden und die Wirkung der Ökosteuer auch noch ökologisch kontraproduktiv ist. Schlimm genug, dass mit dieser verfehlten Wirtschaftspolitik das Wachstum in Deutschland zum Erliegen gekommen ist und die Arbeitslosigkeit Monat für Monat traurige Höchststände erreicht. Das alles ist aber wohl für Rot-Grün noch nicht schlimm genug. Ihnen fehlen nicht nur die Konzepte, sie halten auch noch an den falschen trotzig fest. Rot-Grün ist damit eine Bedrohung für die Konjunktur. Mit uns wird es weder 2003 noch später eine weitere Erhöhung der Ökosteuer geben.

Wir brauchen weniger Bürokratie und weniger Abgaben für Unternehmen und Bürger. Nur so kann sich in Deutschland wieder Wachstum entfalten und können auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Union hat hierfür mit der neuen Sozialen Marktwirtschaft ein Gesamtkonzept vorgelegt, wie Deutschland wieder aus der Schlusslichtposition herauskommen kann. **UD**

ANGELA MERKEL:

Abschiedsbilanz der Regierung Schröder

Bei ihrem Besuch der Meyer-Werft in Papenburg am 16. Juli erklärte die Parteivorsitzende zum Wirtschaftsbericht 2002 des Bundeswirtschaftsministers:

Der Bericht von Minister Müller ist eine kraftlose Abschiedsbilanz der Regierung Schröder. Statt neuer Ideen präsentiert er ein Sammelsurium alter Hüte.

Mit seiner Aussage, der Konsum könne nicht mehr Wachstumsmotor sein, gibt er zu, dass die Bundesregierung vier Jahre lang den Konsum vernachlässigt hat.

Wie schon in den letzten Jahren nutzt der Minister die Gelegenheit, sich in seinem Wirtschaftsbericht von der Politik des Kanzlers abzugrenzen. Er unterstützt offen das Vorhaben der Union, die Staatsquote mittelfristig deutlich zu senken. Staatlichen Einfluss zurückzuführen, „bedeutet nicht, den Sozialstaat zu schwächen“, sondern sei „sozialer als das abhängig Bleiben von ‘Vater Staat’“. Damit widerspricht Müller dem Kanzler, der noch auf dem SPD-Parteitag im Mai die Senkung



Foto: Laurence Chaperon

der Staatsquote als Zerschlagung des Sozialstaats angegriffen hatte.

Statt konkrete Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Beseitigung von Hürden auf dem Arbeitsmarkt vorzulegen, flüchtet sich der Minister in das Versprechen, bis 2006 zwei Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Angesichts täglich neuer Hiobsbotschaften erweist er sich als Traumtänzer. Den Bezug zur Realität hat Rot-Grün längst verloren.



Tatsache ist:

- Die Einzelhandelsumsätze sind zuletzt um über vier Prozent eingebrochen.
- Die Zahl der im verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten ist um fast acht Prozent zurückgegangen.
- Und auch die Ausfuhren la-

gen um 7,8 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat.

Statt immer neue Versprechungen zu machen und mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission das inzwischen 52. Gutachten abzuwarten, hätte die Regierung handeln müssen. Die Menschen in Deutschland brauchen keine neuen Versprechen. Es ist Zeit für Taten. Es ist Zeit für eine Politik für mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Nur so wird Deutschland wieder Spitze in Europa.

Die Union wird sofort nach der Wahl damit beginnen, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren, und die Voraussetzungen für Aufschwung und Arbeitsplätze schaffen. Detaillierte Vorschläge dazu haben wir mit dem Stoiber-Späth-Plan „Offensive 2002 – Aufschwung für Arbeit“ vorgelegt.

UD

Das Leitmotiv unseres Bundestagswahlkampfes ist **Kompetenz**

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist verheerend. Die Lage ist schlimmer als die Stimmung. Wir stehen nach dem 22. September vor einer Riesenaufgabe.

Deswegen werden wir unverzüglich handeln. Weiteres Zögern können wir uns nicht erlauben. Deswegen werden wir die Herausforderung Aufschwung unmittelbar nach der Bundestagswahl anpacken.

Zu der desolaten Gesamtlage kommt das dilettantische Vorgehen von Schröder rund um die Deutsche Telekom noch dazu.

Die Situation bei Babcock unterstreicht, dass nicht nur



den kleinen und mittleren Betrieben das Wasser bis zum Hals steht. Auch die großen Traditionsunternehmen und Industriebetriebe haben gewaltige Schwierigkeiten.

Rot-Grün kann es einfach nicht. Was die Bundesregierung unter Gerhard Schröder in den letzten Wochen und Monaten getrieben hat, ist blinder Aktionismus.

Die Strategie von CDU und CSU steht

Unsere Planung vom Zeitpunkt der Nominierung des Kanzlerkandidaten bis heute ist zu 100 Prozent aufgegangen. Mit der Nominierung der Kompetenzteammitglieder wurde die Regierungspartei SPD in die Defensive getrieben. Zentrale Themen werden mit Köpfen verbunden und machen unseren Kompetenzvorsprung deutlich.

Unser Konzept hinter dem Kompetenzteam

■ **Kompetenz-Offensive:** Kompetenz ist das Leitmotiv unseres Bundestagswahlkampfes. Schröder hingegen ist in der Defensive: Jede Initiative – siehe Hartz – ist immer auch eine Entwertung der letzten vier Jahre.

■ **Teamplayer:** Edmund Stoiber ist ein Teamplayer – auch das ist die Botschaft des Kompetenzteams. Schröder hingegen verkörpert den Soloartisten.

Kompetenz für Deutschland.

Friedrich Merz – kompetent für gerechte Steuern.

Zeit für Taten. **CDU**

■ **Gemeinsamkeit von CDU und CSU:** Das Kompetenzteam verkörpert die Geschlossenheit der Union aus CDU und CSU. Außerdem schlägt das Kompetenzteam die Brücke zu einem weiteren sehr wichtigen Punkt – nämlich zu den Erfolgen der Union in den von uns regierten Ländern. Es verkörpert das Argument: „Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser.“

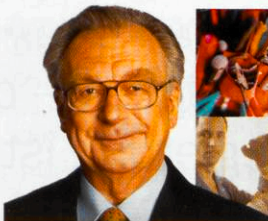
Unsere Strategie steht und wird auch in den anstehenden 9 Wochen bis zur Bundestagswahl fortgeführt.

Die kommenden Wochen

Mit der parlamentarischen Sommerpause gehen wir in eine neue Phase des Wahlkampfes. Wir werden die kommenden Wochen nutzen, um intensiv mit den Menschen in Deutschland ins Gespräch zu kommen.

Angela Merckels Sommertour war mit 50 Terminen der Auftakt und muss schon heute als Erfolg bewertet werden.

Mit der Tour „Aufschwung Ost“ setzen wir einen weiteren Akzent im Wahlkampf. Im Rahmen dieser Tour machen Edmund Stoiber und Lothar



Lothar Späth – kompetent für kraftvollen Aufschwung.



Zeit für Taten. **CDU**

Späth gemeinsam Station in den neuen Ländern. Wir starten in Rostock, wo die beiden mit Angela Merkel auftreten werden. Weitere Stationen sind: Magdeburg, Gera, Leipzig und Cottbus.

Kompetenz-Konferenzen

Für die Mitglieder des Kompetenzteams haben wir ein eigenes Veranstaltungskonzept sowie eine eigene Werbelinie entwickelt. Unter dem Dach „**Kompetenz für Deutschland**“ wurden für jedes Mitglied des Kompetenzteams folgende Materialien vorbereitet:

■ **Broschüre** mit den Zielen von CDU und CSU im jeweiligen politischen Bereich und Kurz-Infos zur Biographie des jeweiligen Team-Mitglieds ■ **Autogrammkarte** ■ **Ankündigungspakat** für Veranstaltungen

mit dem Team-Mitglied ■ **Veranstaltungsrückwand** für Auftritte des Team-Mitglieds.

Im Mittelpunkt dieses Konzepts stehen Kompetenz-Konferenzen. Die Mitglieder unseres Kompetenzteams werden quer über das Bundesgebiet verteilt rund 200 Kompetenz-Konferenzen durchführen.

1. September

Eine besondere Zäsur wird der 1. September sein. Dann werden wir mit einer Auftaktveranstaltung in Düsseldorf in die heiße Phase des Wahlkampfes einsteigen.

Der Erfolg unserer Wahlkampfstrategie ist messbar. Bei allen Instituten liegen wir vorne.

Jetzt heißt es: Kämpfen für den Wechsel, denn es ist Zeit für Taten.

Soziale Gerechtigkeit – die Bilanz der Schröder-Regierung ist **miserabel**

Zu dem Wahlversprechen der SPD von 1998, in Deutschland für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen, erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bundestagsausschuss für Arbeit und Sozialordnung:

Im Wahljahr 1998 ist die SPD mit dem Versprechen von „sozialer Gerechtigkeit“ in den Wahlkampf gezogen. 2002 – am Ende der rot-grünen Regierungszeit – ist die Bilanz nicht nur dünn, sie ist in vielen Bereichen schlichtweg unsozial.

Die europäische Kommission stellt der Regierung denn auch bei der Arbeitsmarktpolitik und der Armutsbekämpfung schlechte Noten aus. Ländern wie den Niederlanden, Dänemark, Frankreich oder Schweden bescheinigt sie zukunftsweisende Ansätze. Deutschland liegt im unteren Drittel.

Tatsächlich haben nach einer Umfrage von Allensbach 83% der Deutschen den Eindruck, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht. Kein Wunder bei einer Arbeitslosigkeit, die seit



2000 saisonbereinigt Monat für Monat steigt. Auch die Zahl der Arbeitslosen im Monat Juni ist ein Desaster: saisonbereinigt liegt sie über 4 Mio. Eine schlimme Premiere: Seit Jahren liegt sogar die unbereinigte Arbeitslosenzahl im Juni noch über der des Monats Mai. Erschreckend die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen: 495.000 im Juni 2002. Die hohe Arbeitslosigkeit ist und bleibt die größte soziale Ungerechtigkeit.

Keine Gruppe bei den Streichungen ausgelassen

Die rot-grüne Koalition ließ in dieser Legislaturperiode keine Gruppe der sozial Schwachen aus bei ihren unsozialen Streichungen.

- Sie kürzte die Rentenbeiträge für Arbeitslosenhilfebezieher und riskierte damit eine steigende Altersarmut.

- Sie strich die originäre Arbeitslosenhilfe.

- Rot-Grün nahm mit der Umwandlung der 325-Euro-Jobs zahlreichen Menschen die Möglichkeit, sich ein Zubrot zu verdienen.

- Rot-Grün sorgte mit steigenden Abgaben und Steuern dafür, dass den Familien von den Kindergelderhöhungen kaum etwas übrig blieb.

- Nach wie vor befinden sich fast 1 Million Kinder in der Sozialhilfe.

- 30% der sozialhilfeabhängigen allein Erziehenden erreicht das Kindergeld gar nicht, weil dies mit der Sozialhilfe verrechnet wird.

- Rot-Grün hat die Sozialhilfesätze jahrelang lediglich unterhalb der Inflationsrate angepasst.

- Rot-Grün hat durch willkürliche Rentenkürzungen (Stichwort Kürzung der Witwenrenten) besonders die Frauen einem wachsenden Risiko der Altersarmut ausgesetzt.

■ Zwei Jahre wurden die Rentenanpassungen unterhalb des versprochenen Inflationsausgleichs vorgenommen.

■ Bei der privaten Altersvorsorge werden durch die mangelnde Anpassung der Grundzulage und der Kinderzulage vor allem Geringverdiener und Familien benachteiligt.

■ Außerdem kommt es bei der privaten Altersvorsorge zu einer weiteren erheblichen sozialen Schieflage, denn: je höher das Einkommen, desto höher die Förderung – sozial gerecht?

■ Die Rentenansprüche für Soldaten und Zivildienstleistende wurden gekürzt.

■ Durch enorme Streichungen bei den Ausgaben für Zivildienstleistende wurde einmal mehr auf Kosten der Alten, Behinderten und Pflegebedürftigen gespart.

■ Trotz der höchsten Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung seit ihrem Bestehen (durchschnittlich rd.14%) hat sich deren Polster drastisch verschlechtert.

■ Und mit der Budgetierung riskiert Rot-Grün, dass Gesundheitsleistungen nach dem Prinzip der Mangelverwaltung ausgegeben werden.

■ Im Behindertenrecht werden gerade die schwerst- und mehrfachbehinderten Men-

DER VORSPRUNG

der Union ist wieder gewachsen. Nachdem es der SPD gelungen war, den Abstand zur Union auf drei Prozent zu verringern, kamen die katastrophalen Arbeitsmarktzahlen im Juni, und mit dem kurzen Zwischenhoch war es vorbei. Wenn heute Bundestagswahlen wären, würde die Union 41 Prozent bekommen, die SPD nur noch 35.

schen benachteiligt, die von ihren Eltern zu Hause versorgt werden müssen, weil sie in keiner Behindertenwerkstatt arbeiten können – diese bzw. die sie betreuenden Eltern werden zu den Kosten der für sie notwendigen Hilfe herangezogen.

■ Ein eigenes Leistungs-gesetz blieb Rot-Grün den behinderten Menschen schuldig.

■ Beim sozialen Wohnungsbau wurde gekürzt.

■ Das Wohngeld blieb hinter der allgemeinen Mietentwicklung zurück.

■ Die Einkommensgrenzen bei der Eigenheimzulage wurde abgesenkt.

■ Die Idee des Kapitaleigentums in Arbeitnehmerhand wurde vernachlässigt.

Nach vier Jahren Rot-Grün stellt sich die Frage der sozialen Gerechtigkeit auch in der Steuerpolitik zwischen

ALSO DOCH! Es droht Rot-Rot. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Christoph Zöpel (SPD) hat die Katze aus dem Sack gelassen: „Sollten Union und FDP nach der Bundestagswahl am 22. September keine Mehrheit erreichen, ist alles denkbar.“ Er könne jedenfalls nicht dazu raten, Chancen auszulassen, um „unsere Politik durchzusetzen“.

Großunternehmen und den kleinen und mittelständischen Betrieben. Die rot-grüne Steuerreform begünstigt einseitig die großen Kapitalgesellschaften. Die wesentlich geringere Entlastung der Personengesellschaften wird auf 2005 verschoben. Die Regierungskoalition hat die Veräußerungsgewinne von Inlandsbeteiligungen deutscher Kapitalgesellschaften steuerfrei gestellt. Demgegenüber werden z. B. Handwerker, wenn sie ihren Betrieb verkaufen, voll versteuert – das ist unsozial.

<http://>

Ein ausführliches Argumentationspapier von Wolfgang Meckelburg – „Die SPD – und mehr soziale Gerechtigkeit?“ – finden Sie unter www.cducusu.bundestag.de

In der europäischen Agrarpolitik ist **Verlässlichkeit** gefordert

Zu den Vorschlägen von EU-Kommissar Franz Fischler im Rahmen der Halbzeitbewertung der Agenda-2000-Beschlüsse zur Gemeinsamen Agrarpolitik erklärten der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Angelegenheiten der Europäischen Union der Fraktion:

Auch wir sehen Reformbedarf bei der Gemeinsamen Agrarpolitik und ist bereit, notwendige Schritte entschlossen mitzugehen. Die europäische und die deutsche Landwirtschaft brauchen allerdings auch Planungssicherheit und verlässliche Perspektiven. Deshalb tritt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Nachdruck für die volle Laufzeit der Vereinbarungen der Agenda 2000 bis zum Jahr 2006 ein, zumal die Halbzeitbewertung keine grundlegenden Änderungen verlangt.

Ansonsten gehen die von EU-Kommissar Fischler vor-

gelegten Vorschläge grundsätzlich in die richtige Richtung und sind eine Grundlage für die Weiterentwicklung der Agrarpolitik der EU nach 2006. Insbesondere die Entkoppelung der Produktion von den Direktbeihilfen, das Kernstück der Reformvorschläge, wird von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion positiv gesehen, weil damit eine größere unternehmerische Freiheit der landwirtschaftlichen Betriebe gewährleistet wird.

Die Zeit bis 2006 intensiv nutzen

Weiter fordern wir, die Zeit bis zum Jahr 2006 zu nutzen, um die Basis für eine grundlegende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zu schaffen, an der insbesondere auch Frankreich aktiv mitarbeiten muss.

Es ist zu begrüßen, dass die Europäische Union sich explizit für die Beibehaltung des Prinzips der Direktzahlungen ausgesprochen hat. Ohne Direktbeihilfen kann das europäische Modell einer multifunktionalen Landwirtschaft nicht bestehen. Die Landwirt-

schaft in einem Industrieland wie Deutschland erbringt vielfältige Leistungen für die Gesellschaft, die vom Markt nicht abgegolten werden und deshalb über staatliche Direktzahlungen honoriert werden müssen.

Der Vorschlag zur Modulation muss gründlich bedacht werden. Eine Umschichtung in die zweite Säule ist für uns nur dann diskutabel, wenn die Fördermaßnahmen vorrangig einkommenswirksam für die Landwirte sind. Die Modulationsmittel müssen der Landwirtschaft und den jeweiligen Regionen erhalten bleiben. Für die ergänzende Einkommenspolitik sollten die Freiräume der Mitgliedstaaten im Sinne des Subsidiaritätsprinzips vergrößert werden.

Eine undifferenzierte Kappung der Direktbeihilfen, wie es der Vorschlag mit 300.000 Euro je Betrieb zusätzlich des arbeitskraftbezogenen Freibetrages vorsieht, lehnt die CDU/CSU-Fraktion allerdings ab. Eine solche Regelung ginge einseitig zu Lasten der Landwirtschaft in den neuen Ländern. **UD**

10 000 ARBEITSPLÄTZE

könnte die Portosenkung kosten, die die Regulierungsbehörde für Post- und Telekommunikation von der Deutschen Post verlangt. Bis 2007 ist mit Ertragseinbußen in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro zu rechnen. Zusätzlich zu diesem drastischen Stellenabbau müsse, wie es in einer Mitteilung des Unternehmens heißt, auch eine „Ausdünnung des Filialnetzes“ in Erwägung gezogen werden.

EINE SAMMELKLAGE

der Verbände und Handelspartner kann nach Meinung des Vorstandsvorsitzenden von Lekkerland/Tobacco-land, Christian Berner, die geplante Einführung des Dosenpfans zum 1. Januar doch noch zu Fall bringen. Deshalb sind 70.000 Kunden aufgerufen, sich dieser Klage anzuschließen. Sollte es nicht zu einer Aussetzung des „ökologisch und ökonomisch unsinnigen Projekts“ kommen, rechnet Berner damit, dass allein im ersten Jahr des Dosenpfans 1000 Kioske dicht machen müssen.

ÜBERWIEGEND von jungen Menschen wird das Internet genutzt. Während nach einer Studie der Forschungsgruppe Wahlen von den über 60-Jährigen erst 15

Prozent online gehen, sind es bei den 18- bis 24-Jährigen 70, bei den 25- bis 29-Jährigen sogar 72 Prozent. Vor allem die Möglichkeit, Bankgeschäfte über das Internet abzuwickeln, wird bevorzugt von Jüngeren wahrgenommen.

„BILD“ ist nach der neuesten Werbeträgeranalyse von Allensbach mit einem Zuwachs von 3,6 Prozent Reichweiten-Gewinner. In der Gesamtbevölkerung steigerte das Boulevardblatt seine Reichweite um 410.000 auf 11,76 Millionen. Die größten Zuwächse erreichte „Bild“ mit neun Prozent (plus 190.000) bei den 14- bis 29-Jährigen und mit 4,7 Prozent bei Männern.

NACH WIE VOR verdienen Frauen weniger als Männer. Wie das Statistische Bundesamt ermittelte, haben im Jahr 2001 Arbeiterinnen im produzierenden Gewerbe im Durchschnitt 26 Prozent, weibliche Angestellte im produzierenden Gewerbe, Handel-, Kredit- und Versicherungsgewerbe 30 Prozent weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen erhalten.

NEUEN REKORD bei den Scheidungen hat mit 46.913 Fällen im vergangenen Jahr das Bundesland Nordrhein-Westfalen erreicht. Das be-

deutet einen Anstieg um 3,8 Prozent gegenüber 2000. Die meisten Ehen scheitern nicht erst im „verflixten siebten Jahr“, sondern bereits nach vier bis sechs Jahren. Von den Ehescheidungen waren 2001 insgesamt 32.477 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren betroffen.

KOSTENFREIE Parkplätze gibt es immer seltener in Paris. Bis 2004 sollen 90.000 bisherige Gratis-Parkplätze gebührenpflichtig werden. Langfristig sollen sogar alle abgeschafft werden. „Wir wollen die Leute motivieren, mehr auf Busse und U-Bahnen umzusteigen“, sagte der stellvertretende Bürgermeister der französischen Hauptstadt Denis Haupin (grün).

50 JAHRE CDU-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg – das waren „50 Jahre besonderer Verantwortung für die gute Entwicklung des deutschen Südweststaats“. Mit diesen Worten hat der Vorsitzende der Fraktion, Günther H. Öttinger, zum Festakt am 6. Juli eine Jubiläums-Broschüre vorgestellt, die an die 307 Abgeordneten erinnert, die seit 1952 für das Land Politik machen oder gemacht haben: kostenlos erhältlich im Internet unter: www.cdu.landtag.de.

Mindestens drei Wochenstunden Sport in allen Schulstufen **verbindlich**

„Der Sport hat für die Union einen außerordentlich hohen Stellenwert“, erklärte Generalsekretär **Laurenz Meyer** am 11. Juli bei der Vorstellung des sportpolitischen Sofortprogramms der CDU für die Bundestagswahl.

Sport stehe nicht nur für Spaß und Lebensfreude, sondern auch für Gesundheit und Fitness. Für Menschen mit Behinderungen sei der Sport sogar eine wichtige Lebenshilfe. Positiv würdigte der Generalsekretär den Beitrag der rund 86.000 deutschen Sportvereine für die Integration von Ausländern.

Laurenz Meyer: Rot-Grün hat die Sportvereine schwer belastet

Laurenz Meyer sagte weiter, Rot-Grün habe die Sportvereine und die ehrenamtlich Engagierten durch die Neuregelung der 325-Euro-Jobs, das Scheinselbstständigkeitsgesetz und die Ökosteuer schwer belastet. Deshalb werde die Union nach dem 22. Sep-

tember die Grenze für geringfügige Beschäftigung auf 400 Euro anheben, die Erhöhung der Ökosteuer aussetzen und das Scheinselbstständigkeitsgesetz abschaffen. Um den Kommunen eine bessere Sportförderung vor Ort zu ermöglichen, kündigte der Generalsekretär die Rücknahme der von Rot-Grün beschlossenen Erhöhung der Gewerbesteuerumlage an.

Die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sport, Steffie Schnoor, betonte, der vorliegende Beschluss werde Richtschnur für das sportpolitische Handeln der Union in den nächsten vier Jahren sein. Besondere Bedeutung komme den Bereichen Sporterziehung und Schulsport zu. Konkret forderte Schnoor, mindestens drei Wochenstunden Sport in allen Schulstufen verbindlich zu erteilen. In einem gemeinsamen Schulterschluss mit Schule, Sportvereinen, Medizinerinnen und Eltern werde die Union dieses wichtige Anliegen vorantreiben.

Anschließend sprach sich der CDU-Bundestags-

kandidat für die Stadt Magdeburg und frühere Bundesligaschiedsrichter, Bernd Heynemann, für eine Modernisierung der Sportstätten in ganz Deutschland aus. In diesem Zusammenhang machte er deutlich, dass ein starker Breitensport die unabdingbare Voraussetzung für sportliche Spitzenleistungen sei. Heynemann will sich außerdem dafür einsetzen, dass die Kommunen ihre Sportstätten den einzelnen Vereinen auch in Zukunft kostenlos zur Verfügung stellen.

Eberhard Gienger: Deutschland muss in den Sport investieren

Das Mitglied im Arbeitskreis Leistungssport, Eberhard Gienger, zugleich CDU-Bundestagskandidat für den Wahlkreis Neckar-Zaber, sagte, die Öffentlichkeit erwarte von den Spitzensportlern Höchstleistungen. Dafür müsse Deutschland jedoch auch bereit sein, in den Sport und in die Sportler zu investieren. Positiv

AUS DEM BESCHLUSS VOM 11. JULI

Wichtiger Beitrag zur Erhaltung der **Gesundheit**

Vereine und Ehrenamt

Die rot-grüne Koalition hat durch die Neuregelungen der 325-€-Jobs und der sog. Scheinselbständigkeit, durch Einführung der Ökosteuern und durch höhere Energiesteuern unsere Vereine ausnahmslos belastet, ohne für Entlastung zu sorgen. Diese bürokratischen und teuren Regelungen zu den 325-€-Jobs und zur Scheinselbständigkeit wird die CDU abschaffen und die alte „630-DM-Regelung“ in verbesserter Form wieder einführen.

Sport und Gesundheit

Sport leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Gesundheit. Er ist stärker in Maßnahmen der Prävention, der Rehabilitation und der Therapie einzubeziehen. Die CDU begrüßt, dass die Förderung gesundheitlicher Prävention in den Sportvereinen durch die gesetzlichen Krankenkassen grundsätzlich möglich ist.

Das Programm des Deutschen Sportbundes und seiner Mitgliedsorganisationen „Sport pro Gesundheit“ verbindet hohe Qualitätsstandards und große Effektivität mit Kostenbewusstsein. Um eine kontinuierliche Förderung zu gewährleisten, hält die CDU die Festschreibung eines Mindestbetrages für erforderlich. Mit seinem Engagement für ein sportlich aktives Leben in seiner Kampagne „Sport tut Deutschland gut“ leistet der deutsche Sport Wesentliches für ein stärkeres Gesundheitsbewusstsein der Menschen in Deutschland.

Schulsport

In jedem Menschen ist die Freude an der Bewegung angelegt. Diese Anlage muss von frühester Kindheit an gefördert werden. In der Kindheit und der Jugend werden die Weichen für eine aktive sportliche Freizeitgestaltung bis ins hohe Alter

gestellt. Der Sport in frühem Kindes- und Jugendalter beeinflusst in hohem Maße die körperliche, psychische, soziale und intellektuelle Entwicklung gleichermaßen, er fördert selbstverantwortliches Handeln, formt die Persönlichkeit, bildet Identität und stärkt gesundheitliches Wohlbefinden.

Sport muss deshalb als elementarer Bestandteil einer ganzheitlichen Erziehung Eingang in die vorschulische Erziehung finden, muss gleichwertiges Unterrichts- und Ausbildungsfach in der schulischen und der beruflichen Ausbildung sein, mit einem Mindestmaß an 3 (Schule) bzw. 2 (Berufsschule) Wochenstunden in allen Schulstufen verbindlich festzulegen und ist von ausgebildeten Sportlehrern zu erteilen. Der Sportunterricht als einziges Bewegungsfach ist deshalb unaustauschbarer Bestandteil von Bildung und Erziehung.

hob Gienger die Sportförderung bei der Bundeswehr, beim Bundesgrenzschutz und beim Zoll hervor. Notwendig sei zudem eine „in-

tensive Laufbahnberatung“, damit die Sportler auch nach ihrer sportlichen Karriere eine berufliche Perspektive hätten.

[http://](http://www.cdu.de)

Wortlaut des Beschlusses des Bundesfachausschusses Sport:
www.cdu.de

Schmiergelder, **Schwarzgeldkonten**, Luftbuchungen, Steuerhinterziehung

Die Bundesgeschäftsstelle der CDU hat zwei Karten ins Internet gestellt. Sie zeigen die SPD-Skandale und die Medienbeteiligungen der SPD. Wenn Sie auf einen der zahlreichen Städtenamen klicken, erhalten Sie ausführliche Informationen über beides: ■ über die Skandale der SPD und ■ über ihre Geschäftsverflechtungen im Medienbereich. Im Folgenden geben wir einen Überblick über die Skandale:

KIEL

Korruptionsaffäre in der rot-grünen Landesregierung

Gegen den ehemaligen schleswig-holsteinischen Expo-Beauftragten Karl Pröhl ermittelt die Kieler Staatsanwaltschaft wegen Kreditbetrugs, Steuerhinterziehung und Bestechlichkeit. Der enge Vertraute von Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) soll sein Amt mit privaten Geschäften verquicken und aus seinem staatlichen Expo-Vermarktungs-

büro heraus schwinghafte Privatgeschäfte betrieben haben. 2001 war er, obwohl Angestellter der Staatskanzlei, handelsregisterlich in mindestens fünf Firmen eingetragen, darunter als Vorstand bei der B&B-Gruppe des Hamburgers Falk Brückner. Diese hatte im Poker um den Verkauf des landeseigenen Kieler Schlosses den Zuschlag erhalten. An den Verkaufsgesprächen war der Regierungsmitarbeiter Pröhl damit zugleich auch für die B&B beteiligt. Nachdem ihr engster politischer Vertrauter, der Staatskanzlei-Chef Klaus Gärtner, inzwischen die politische Verantwortung übernehmen musste und entlassen wurde, gerät nun Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) selbst unter Druck.

BREMEN

Bildungsminister Willi Lemke im Zwielficht

Der Bremer Bildungsminister Willi Lemke gerät ins Zwielficht. Jetzt kam heraus, dass der Fußballclub SV Werder Bremen, dessen Manager Lemke lange Zeit war, im Jahr

1991 knapp 360.000 Euro (700.000 Mark) am Finanzamt vorbei auf ein luxemburgisches Konto verschoben hat. Als der Coup aufzufliegen drohte, erstattete der Vorstand im September 2001 Selbstanzeige. Unklar ist, was Manager Lemke von dem Schwarzgeld wusste. Er soll jetzt im parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Bremer Bürgerschaft zur Korruptionsaffäre um das Weserstadion aussagen. Der Ausschuss will auch klären, ob der Sportverein mit dem Schwarzgeldkonto in die illegalen Machenschaften verwickelt ist. CDU-Vorsitzender Jens Eckhoff: „Wenn Lemke von dem Schwarzgeldkonto gewusst hat, ist er als Bildungsminister nicht mehr zu halten.“

BIELEFELD

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Ex-SPD-Bundestagsabgeordneten

In Bielefeld ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Günter Rixe, bis 1998 Bundestagsabgeordneter der

SPD, wegen des Verdachts des Betruges und der Untreue. Rixe soll sich in seiner Funktion als Geschäftsführer einer gemeinnützigen Gesellschaft für Wohn- u. Ausbildungsprojekte mit Scheinrechnungen und Luftgeschäften um über 250.000 DM bereichert haben.

HANNOVER

Klüngel um Ex-Ministerpräsident Glogowski

Bereits im November 1999 musste der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Glogowski (SPD) wegen Verquickung seines Amtes mit persönlichen Interessen zurücktreten. Er hatte sich nicht nur seine Hochzeitsfeier zum Teil von Unternehmen sponsorn, sondern auch Reisen und Opernbesuche zum Teil von Unternehmen bezahlen lassen. Außerdem hatte der Ministerpräsident seine VW-Aufsichtsratsbezüge für 1999 in Höhe erst auf öffentlichen Druck hin anteilig an das Land abgeführt und lange Zeit keine Miete für eine ihm zur Verfügung gestellte landeseigene Wohnung gezahlt.

[http://](http://www.cdu.de/politika-z/spd/inhalt.htm)

Voller Wortlaut der Fälle:
www.cdu.de/politika-z/spd/inhalt.htm



MAGDEBURG

Illegale Umleitung von Fraktionsgeldern

Die SPD-Landtagsfraktion und ihr Vorsitzender Rüdiger Fikentscher stehen im Verdacht des Missbrauchs von Fraktionsgeldern. Die Broschüre der Fraktion mit dem Titel „Zahlen, Daten, Argumente“ war nach Angaben des SPD-Fraktionsgeschäftsführers Jens Bullerjahn auch für den Landtags-Wahlkampf gedacht. Das erfüllt nach Ansicht des Landesrechnungshof-Präsidenten den Tatbestand der illegalen Umleitung von Fraktionsgeldern.

GLADBECK

SPD-Vorsitzender unter Korruptionsverdacht

Dem Chef der SPD Gladbeck, Johann Komarnicki, wird vorgeworfen, für die Vermittlung eines Parteifreundes zur Kölner Entsorgungsfirma Trienekens mehrere Monatsgehälter verlangt zu haben. Als dieser den Job bereits nach wenigen Wochen wieder verlor, soll Komarnicki, der zugleich auch Bundesvorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger in der SPD“ ist, Druck auf ihn ausgeübt haben. Das

belastende Telefonat zwischen dem SPD-Politiker und seinem wieder arbeitslosen Schuldner sollen gleich neun Parteifreunde mitgehört haben, darunter auch der Gladbecker SPD-Fraktionschef Ulrich Klabuhn. Auf dessen Drängen soll sich Komarnicki am 19. April 2002 schriftlich verpflichtet haben, bei der Neuwahl des Stadtverbandsvorstandes nicht mehr zu kandidieren. Im Gegenzug soll ihm Stillschweigen zugesichert worden sein.

RECKLINGHAUSEN

Ex-SPD-Vorsitzender unter Korruptionsverdacht

Die Staatsanwaltschaft Bochum ermittelt gegen den früheren Recklinghäuser SPD-Vorsitzenden Peter Rausch wegen Untreue und Bestechlichkeit. Rausch wird vorgeworfen, in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der städtischen Wohnungsgesellschaft Baufirmen Aufträge verschafft zu haben, die dafür in seinem Privathaus Arbeiten verrichteten. Zudem soll Rausch mit falschen Angaben für Bauprojekte öffentliche Fördermittel erschlichen haben. Dort soll er auch eine Mitarbeiterin sexuell belästigt haben.

MÜHLHEIM

Versuch der Vertuschung von Spenden?

Die Mülheimer SPD erhielt im Jahr 1999, aufgesplittet in zwei Tranchen, 4.500 Mark vom Müll-Entsorgungsunternehmen Trienekens. Statt als Spenden verbuchte die SPD das Bargeld im Rechenschaftsbericht zunächst fälschlich als Tageseinnahme. Unklar ist, ob dies aus Vertuschungsabsicht geschah. Erst im März 2000 ist das Geld korrekt als Spende registriert worden.

WUPPERTAL

Anklage gegen SPD-Oberbürgermeister wegen Korruptionsverdacht

Die Staatsanwaltschaft Wuppertal hat gegen Oberbürgermeister Hans Kremendahl (SPD) Anklage wegen Vorteilsannahme erhoben. Er soll im Jahre 1999 von dem Bauunternehmer Uwe Clees 500.000 Mark (256.000 Euro) für seinen Wahlkampf erhalten und ihn dafür bei städtischen Bauaufträgen bevorzugt haben. Darüber hinaus soll Clees dem Oberbürgermeister zwei hochqualifizierte Mitarbeiter kostenlos

und über mehrere Wochen hinweg zur Verfügung gestellt haben. Entgegen allen öffentlichen Beteuerungen soll Kremendahl nach einer eidesstattlichen Erklärung des Ex-Pressesprechers von Clees 1998 an einem privaten Treffen mit dem Unternehmer teilgenommen haben, in dessen Verlauf auch über die Verwendung von Spendengeldern gesprochen wurde.

KÖLN

Schwarzkonten, Schmiergelder, Verhaftungen

In Köln ist die SPD in einen Korruptions- und Spendenskandal verwickelt. Mitte Juni sind der zurückgetretene Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Norbert Rüter, der frühere Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Karl Wienand und der Müllunternehmer Hellmut Trienekens festgenommen worden. Die Staatsanwaltschaft Köln wirft ihnen vor, die Auftragsvergabe zum Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) an die Firma Steinmüller, ein Unternehmen der Babcock Borsig AG, manipuliert zu haben. Steinmüller soll über Scheinfirmen rund 11 Millionen Euro (21,6 Millionen Mark) an

Schmiergeldern gezahlt haben. Davon soll Wienand insgesamt 3,3 Millionen Euro (6,4 Mrd. Mark) und Rütter etwa 1 Millionen Euro (2 Mrd. Mark) an Bestechungsgeldern erhalten haben. Rütter wird Beihilfe zur Bestechlichkeit zur Last gelegt, dem schon 1996 wegen Spionage für die DDR zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilten Wienand, der das anrühige Geschäft angebahnt haben soll, Beihilfe zu Bestechung, Bestechlichkeit und Steuerhinterziehung.

DÜSSELDORF

Flugaffäre der rot-grünen Landesregierung

Der frühere nordrhein-westfälische Finanzminister Heinz Schleusser (SPD) musste 1999 im Zuge der Flugaffäre der Landesregierung zurücktreten. Er hatte vor dem Landes-Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Vorwürfe, für Privatreisen, Flugzeuge der landeseigenen Westdeutschen Landesbank (WestLB) genutzt zu haben, die Unwahrheit gesagt. Auch NRW-Ministerpräsident Clement und sein Vorgänger, Bundespräsident Johannes Rau, mussten sich wegen der Nutzung von Flugzeugen der WestLB vor dem Ausschuss erklären.

MAINZ

Ministerin soll von Bilanzfälschung gewusst haben

Die rheinland-pfälzische Umweltministerin Margit Conrad (SPD) steht unter dem Verdacht der Bilanzfälschung beim Saarbrücker Entsorgungsunternehmen ASS. Conrad, gegen die die Saarbrücker Staatsanwaltschaft ermittelt, soll in ihrer Zeit als Bürgermeisterin in Saarbrücken und Aufsichtsratsvorsitzende der städtischen Gesellschaft ASS davon gewusst haben, dass eine Bilanz um den Betrag von 250.000 Euro gefälscht worden war. Die Gesellschaft hat nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft einem Entsorgungsunternehmen diese Summe für Transporte in Rechnung gestellt, die es nie gab.

SAARBRÜCKEN

Oberbürgermeister Hajo Hoffmann (SPD) im Zwielficht

Der Saarbrücker Oberbürgermeister ist wegen Untreue in zwei Fällen vom Amtsgericht Saarbrücken zu einer Geldstrafe von 25.000 Euro (200 Tagessätze) verurteilt

worden. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er beim Bau seiner Privatvilla Bauleistungen und Baustoffe in Höhe von rund 25.000 Euro nicht selbst bezahlt, sondern über die städtische Entwicklungs- und Sanierungsgesellschaft (ESG) abgewickelt hat. Hoffmann war Aufsichtsratschef der ESG.

HALLE

SPD-Bundestagsabgeordneter unter Verdacht der Steuerhinterziehung

Gegen den sachsen-anhaltinischen SPD-Bundestagsabgeordneten Eckhart Lewering und seine Frau Dagmar ermittelt die Staatsanwaltschaft Halle wegen des Verdachts von Korruption und Steuerhinterziehung. Dagmar Lewering soll als Vizechefin der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt einem Klinikbetreiber überdimensionierte Bettenkapazitäten zugeschanzt und dafür das Wohnhaus vom gleichen Unternehmen etwa 100.000 Euro billiger erhalten haben. Lewering will – trotz der Ermittlungen – sowohl an seinem Bundestagsmandat als auch an der Kandidatur für den nächsten Bundestag festhalten. **UD**



ARBEITSMARKT

Schröder gescheitert

Zweieinhalb Monate vor der Bundestagswahl steht Bundeskanzler Schröder gescheitert da. Er hatte sich am Rückgang der Arbeitslosenzahl messen lassen wollen – und nun hat er zum Sommeranfang im Vergleich zum Vormonat sogar noch einen Anstieg hinzunehmen. Was sich Schröder vorgenommen hatte, ist Makulatur geblieben. FAZ

Miserabel

Die Botschaft aus Nürnberg ist deprimierend: Babcock ist überall. Fast vier Millionen Menschen waren im Juni ohne Arbeit – der höchste Stand in diesem Sommermonat seit dem Wahljahr 1998. In 74 Tagen wird ein neuer Bundestag gewählt, und die rot-grüne Bilanz am Arbeitsmarkt fällt miserabel aus. In dieser zentralen Frage ist Deutschland in

der ablaufenden Legislaturperiode nicht vorangekommen. Der Kanzler und sein Arbeitsminister machen es sich ziemlich einfach damit, wenn sie für die miese Entwicklung allein die Tücken der Weltwirtschaft und die Sonderrolle Ostdeutschlands verantwortlich machen.

Süddeutsche Zeitung

Dramatisch schlecht

Die neuesten Zahlen vom deutschen Arbeitsmarkt sind nicht bloß enttäuschend. Sie sind dramatisch schlecht. Die Regierungsstrategie, das Thema Jobs bis zur Wahl mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission zu besetzen, steht damit vor dem Scheitern. Denn die neuen Daten zeigen vor allem eins: Auch eine Jobvermittlung, die morgen nach allen Regeln der Hartzschen Kunst modernisiert würde, könnte den zentralen Mangel nicht ausgleichen – in Deutschland fehlen Arbeitsplätze. Wer im Wahlkampf verspricht, die Arbeitslosig-

keit zu senken, der muss deshalb über Wachstum und Beschäftigungsdynamik reden. Financial Times

WAHLKAMPF

Rot-grüne Unverfrorenheit

Wahlkampf ist beschleunigte Politik und deshalb besonders lehrreich. Zum Beispiel der Fall Florian Gerster. Nur ein paar Wochen dauerte es, bis der neue Stern am Himmel der deutschen Arbeitslosenverwaltung verblasste. Kaum hatte er zum ersten Mal im neuen Amt dem Volk die aktuelle Beschäftigungsstatistik vorgelesen, war seine Aura als Sozialreformer verfliegen. Und nachhaltige Verstimmung machte sich breit über die Unverfrorenheit, mit der die Regierung eine zweite Legislatur für Problemlösungen beansprucht, die schon zu Beginn ihrer ersten Amtszeit ganz offensichtlich fällig gewesen wären. Die Welt



CSU: im Volk verwurzelte Volkspartei

Die Partei des Unionskanzlerkandidaten Stoiber heißt mit vollem Namen Christlich Soziale Union Bayerns. Der Name ist Programm – und das Geheimnis ihres jahrzehntelangen Erfolgs. Die CSU regiert seit Menschengedenken mit absoluter Mehrheit im Freistaat, die SPD erreicht dort ein Drittel oder ein Viertel der Wählerstimmen, die FDP und die Grünen sind mal über, mal unter der Fünf-Prozent-Marke. Stoibers Partei muss also etwas haben, das den Großteil der Bürger zufrieden stellt, und zwar über soziale, konfessionelle und regionale Grenzen hinweg. Es gibt in Bayern weder nennenswert mehr Reiche, Beamte, Kirchgänger noch einen geringeren Anteil an Fortschrittsanbetern als in anderen Bundesländern. Seit der Pisa-Studie dürfte auch der oft geraunte Verdacht erledigt sein, dass der Erfolg der CSU auf der Unbildung eines dumpfen Bergvolkes gründe.

Wer sich wundert, dass der Kanzlerkandidat Stoiber kaum politische Angriffsflächen bietet, dass er gar nicht mehr dort steht, wo ihn Münteferings Kampa zu treffen plante, hat sich mit der CSU nicht eingehend genug beschäftigt. Nicht einmal der bayerische Sozialdemokrat Jochen Vogel hatte es geschafft, der unter allen Volksparteien am stärksten im Volk verwurzelten Partei beizukommen. Warum sollte Schröders Angriff auf CSU-Positionen erfolgreicher sein?

Von der Wirtschafts- bis zur Familienpolitik, von der Sicherheits- bis zur Einwanderungspolitik, von der Bildungs- bis zur Rechtspolitik setzt die CSU seit je, wenn nicht Maßstäbe, so doch Marksteine. Es ist Parteiengeschichtsklitterung, der CSU den Vorwurf oder als Hohn entgegenzuhalten, die sei „sozialdemokratisiert“. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Nicht die CSU hat sich der SPD angenähert, sondern die Erfolge der CSU und CDU haben die SPD veranlasst, sich von Marx und dessen Geistesverwandten abzuwenden. FAZ

NRW: SPD im Stimmungstief

Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass die nächste Bundestagswahl nicht „im Osten“ entschieden wird, sondern in Nordrhein-Westfalen. Und das aus demselben Grund, der die Ostdeutschen für Wahlkämpfer so interessant macht: Wo die parteipolitischen Bindungen der Bevölkerung gering sind, da gibt es viel zu gewinnen. In Ostdeutschland ist das seit zwölf Jahren so; in Nordrhein-Westfalen, das allein mehr Wähler hat als die fünf neuen Länder zusammen, lösen sich die alten Treueverhältnisse zusehends auf. Ausgerechnet im Wahljahr sieht sich die regierende SPD auf ein Stimmungstief zurückgeworfen, wie sie es zuletzt bei der Kommunalwahl erlebt hat. Auch damals waren es vor allem Filzvorwürfe, die den Sozialdemokraten den Wahlkampf verhagelten. Diesmal sind die Affären von Köln und Wuppertal die Tropfen, die das Fass der Unzufriedenheit mit der Landesregierung zum Überlaufen bringen. FAZ

+++ Nervös in die Ferien +++

Die SPD vor der Sommerpause

Die Situation ist nicht rosig für die deutsche Sozialdemokratie: In den Meinungsumfragen liegt die SPD zweieinhalb Monate vor der Bundestagswahl drei bis fünf Prozentpunkte hinter der Union, eine Fortsetzung der gemeinsamen Regierung mit den Grünen ist mehr als unwahrscheinlich und bei den wichtigsten Themen trauen die Wähler der Union und ihrem Kanzlerkandidaten nach wie vor mit Abstand die höchste Kompetenz zu.

In den letzten Tagen sind zwei Lösungsansätze augenscheinlich geworden, wie die SPD-Strategen versuchen wollen, das Blatt noch zu wenden: Der zurückgetretene brandenburgische Ministerpräsident Stolpe soll an Stelle des wirkungslosen Staatsministers Rolf Schwanzitz als Gegenspieler von Lothar Späth im ostdeutschen Wahlkampf auftreten. Und mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission will Gerhard Schröder von seiner miserablen Arbeitsmarktbilanz ablenken.

Doch diese vermeintlichen Coups erweisen sich als Rohrkrepiere:

So fällt die wirtschaftspolitische Bilanz von Ex-Ministerpräsident Stolpe angesichts der Pleiten von Cargolifter, Lausitzring und Landesentwicklungsgesellschaft ziemlich miserabel aus. Wie man so gegen den erfolgreichen Wirtschaftsfachmann Späth im Wahlkampf punkten will, bleibt ein Geheimnis der SPD-Kampa. Dass auch die Wähler da so ihre Zweifel haben, zeigen Umfragen, wonach das Unions-Pendant Lothar Späth als deut-

lich kompetenter eingeschätzt wird (emnid, Die Welt, 29. Juni 2002: 50 zu 35 Prozent).

Als Befreiungsschlag gedacht war das vorzeitige Bekanntmachen der Vorschläge der Kommission um den VW-Personalvorstand Peter Hartz. So wollte Schröder Handlungswillen und arbeitsmarktpolitische Kompetenz demonstrieren und seine zunehmend nervösen Genossen beruhigen. Über die Sommerpause verteilt sollen – so der Plan der SPD – nach und nach neue Vorschläge durchsickern. Sofort nach der Vorlage des Abschlussberichts der Kommission am 16. August will man eine „Partei-Konferenz“ einberufen und die Vorschläge auch im Bundestag debattieren. Doch der Plan, die SPD könne von einem Sommerlochthema Arbeitslosigkeit/Hartz-problemen, wird nicht aufgehen:

■ Hauptgrund dafür ist die steigende Arbeitslosigkeit. So waren entgegen der Erwartungen im Juni mehr Menschen arbeitslos als im Mai. Gegenüber Juni 2001 ist die Arbeitslosigkeit um 260.000 Personen angestiegen. Am 7. August und am 5. September, wenn die Arbeitsmarktdaten für die Monate Juli und August veröffentlicht werden, wird das Bild noch schlechter sein. Die Wähler bekommen das Versagen der Regierung in der Arbeitsmarktpolitik damit alle vier Wochen ganz plastisch vor Augen geführt. Hartz wird Schröder da nicht viel helfen.

■ Zudem legen die Kommissions-Pläne den Schwerpunkt auf das bloße Verwalten von Ar-

beitslosen. Durch die Umbenennung in staatliche Leiharbeiter oder durch die Vorverlegung des Vorruhestands auf 55 wird allerdings kein einziger Arbeitsplatz geschaffen. Dies ist den Bürgern nicht verborgen geblieben: Nach einer Emnid-Umfrage von Anfang Juli glauben nur 19 Prozent der Befragten an die versprochene Halbierung der Arbeitslosigkeit; 55 Prozent halten das Hartz-Konzept für sozial nicht ausgewogen, darunter 48 Prozent der SPD-Wähler.

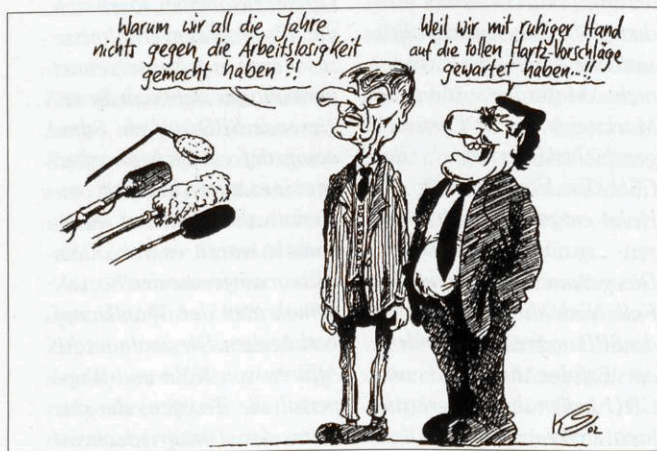
■ Dem Hartz-Konzept fehlt darüber hinaus eine „spezifisch ostdeutsche Sicht“, meinen selbst Brandenburgs neuer Ministerpräsident Matthias Platzeck, sein Kollege Harald Ringstorff (Mecklenburg-Vorpommern) und der Leipziger Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee (alle SPD). Angesichts der in den neuen Ländern höchsten Arbeitslosigkeit seit der Wende soll jetzt eilig nachgearbeitet werden.

■ Innerhalb der Gewerkschaften wird das Hartz-Papier mit Vokabeln wie „untauglich“, „unakzeptable Härten“ oder „kontraproduktiv“ massiv kritisiert. Kein Wunder: Stehen doch einige Vorschläge der Kommission in diametralem Widerspruch zum SPD-Wahlprogramm und sind harter Tobak für die „Hardliner“ der SPD (Erleichterung von Leiharbeit, Absenken der Arbeitslosenhilfe, Quasi-Abschaffung des Scheinselbständigengesetzes). Nach heftigem internem Gangel halten die Gewerkschaften zwar zunächst still, doch ob die Traditionalisten mit ihrem Widerspruch lange hinter dem Berg halten können, „ist mehr als unsicher“, wie auch der „Spiegel“ (Nr. 28/2002) schreibt.

■ Ärgerlich aus Sicht der SPD ist auch, dass die Union längst Kernpunkte der angebotenen neuen Hartz'schen Ideen als Anträge in Bundesrat und Bundestag eingebracht hat. Den Wählern wird nur schwer zu vermitteln sein, warum sie am 4. Juli im Bundestag Vorschläge der Union abgeschmettert hat, die Kernpunkte des Hartz-Konzepts betrafen („Job-Center“, „fördern und fordern“).

■ Aber auch wenn die SPD noch vor der Wahl damit beginnen sollte, einige der Kommissions-Vorschläge umzusetzen, 60 Prozent der Wähler halten die Hartz-Vorschläge für ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver (infratest dimap, ARD, 8. Juli 2002).

Alles in allem sind die Hartz-Vorschläge eine Ohrfeige für die Regierung Schröder. Die Vorschläge der Kommission werden das 52. Gutachten sein, dass Schröder zum Arbeitsmarkt präsentiert. Sie sind damit ein Testat für seine Untätigkeit. Dem Kanzler fehlt es an Kraft, Deutschland wieder in die europäische Spitzengruppe beim Wirtschaftswachstum zu führen. Doch ohne nachhaltigen Aufschwung wird es in Deutschland keine Fortschritte bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geben – da nützen auch die schönsten Sonntagsreden über Arbeitsmarktreformen nichts. Schröder wird es nicht gelingen, diese Erkenntnis bis zum 22. September unter dem Teppich zu halten.



Quelle: Der Tagesspiegel vom 28. 5. 2002

Offensive 2002 – Aufschwung für Arbeit

Es ist Zeit für Taten – Deutschland muss neue Wege gehen.

Es gibt über vier Millionen Menschen ohne Arbeit. Die Beschäftigung sinkt seit achtzehn Monaten. Wir sind Letzter in der EU beim Wirtschaftswachstum. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland hat den höchsten Stand seit der Vereinigung erreicht.

Hauptproblem ist nicht die Vermittlung von Arbeitslosen, sondern der Mangel an Arbeitsplätzen.

CDU und CSU wollen unser Land in die Spitzengruppe der wirtschaftsstarken Länder Europas zurückzuführen und die Menschen in Deutschland wieder in Lohn und Brot bringen. Dafür brauchen wir den politischen Wechsel.

Unsere Offensive 2002: Die sieben Initiativen von Edmund Stoiber und Lothar Späth

1. für mehr Freiheit und Soziale Marktwirtschaft:

Wir wollen, dass den Menschen und den Betrieben mehr in den Taschen bleibt und sorgen dafür, dass sich Leistung lohnt.

2. für mehr Wachstum im Mittelstand:

Damit neue Arbeitsplätze entstehen, werden wir als Sofortmaßnahme die Investitionsfähigkeit und -bereitschaft kleinerer und mittlerer Unternehmen durch erste steuerliche Entlastungen gezielt stärken.

3. für Bürokratiebefreiung:

Unseren Staat machen wir entscheidungsfreudiger und schneller, damit wirtschaftliche Dynamik und unternehmerische Initiative den dringend nötigen Freiraum erhalten. Wir werden einen „Bürokratie-TÜV“ einführen.

4. für Unternehmensgründungen:

Wir werden die Gründung neuer Existenzen vorantreiben und so eine neue Gründerwelle in Deutschland auslösen, denn jeder Existenzgründer schafft im Schnitt etwa drei neue Arbeitsplätze. Als ersten Schritt werden wir das rot-grüne Gesetz gegen die sogenannte „Scheinselbstständigkeit“ abschaffen.

5. für den High-Tech-Standort Deutschland:

Wir werden die technologische Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stärken, damit die Arbeitsplätze der Zukunft wieder in Deutschland entstehen. Es kann nicht sein, dass deutsche Ent-

wicklungen wie der Transrapid in Schanghai bestaunt werden können – in Deutschland aber nicht.

6. für einen flexiblen Arbeitsmarkt:

Wir schaffen Bewegung auf dem Arbeitsmarkt und führen die 400-€-Jobs ein – abgabefrei für Arbeitnehmer.

Mit uns wird der Grundsatz gelten: Wer arbeitet muss mehr verdienen als wenn er nicht arbeitet.

7. für neuen Schwung im Osten:

Noch in diesem Jahr sorgen wir mit einem kommunalen Investitionsprogramm im Umfang von einer Milliarde € dafür, dass Städte und Landkreise im Osten wieder die dringend nötigen Arbeiten an Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten, Sport- und Kultureinrichtungen leisten können. Damit helfen wir zugleich vielen mittelständischen Unternehmen und Handwerkern. Darüber hinaus legen wir ein Sonderförderprogramm „Offensive Zukunft Ost“ auf, um mit einer weiteren Milliarde € Mittelstand, Existenzgründer und Innovationen in Ostdeutschland zu unterstützen.

Finanzierung der Offensive 2002

Wir machen keine leeren Versprechungen. Die gezielten Maßnahmen, die wir 2002 und 2003 umsetzen werden, kosten 9 bis 10 Mrd. €, das sind rund 4 % des Bundeshaushalts. Diesen Betrag können wir solide finanzieren durch die Rückflüsse aus der EU für nicht verbrauchte Strukturfondsmittel, durch die Privatisierung von Bundesbeteiligungen sowie durch Umschichtungen und Einsparungen im Bundeshaushalt. Einsparpotentiale sehen wir auch bei der Bundesanstalt für Arbeit.

Deutschland packt's an

Die rot-grüne Bundesregierung hat sich in über fünfzig Gutachten und Expertisen, Vorschläge zur Belebung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes machen lassen, die in den Schubladen der Amtsstuben versenkt wurden. Deutschland hat kein Problem, geeignete Ideen und Vorschläge zu finden. Unser Land hat vielmehr ein massives Umsetzungsproblem. Dies zu beheben ist die zentrale Aufgabe der nächsten Wahlperiode. Wir müssen endlich den Aufschwung für Arbeit anpacken – und nicht nur darüber reden.

Zeit für Taten.



UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

**„Wenn mein Freund so viele
Versprechen brechen würde wie der
Kanzler, würde ich ihn rauswerfen.“**



Zeit für Taten.

CDU

Plakat „Wenn mein Freund ...“

DIN A1

Bestell-Nummer: 27967

Preis je 100 Stück: 20,00 €
inkl. MwSt.: 23,20 €

DIN A0

Bestell-Nummer: 27966

Preis je 100 Stück: 32,00 €
inkl. MwSt.: 37,12 €

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen